

## Beilage 3049

### Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Das derzeitig an die aus Kriegsgefangenschaft Heimkehrenden ausgezahlte Entlassungsgeld in Höhe von DM 90.— wird auf den Betrag DM 200.— zuzüglich einer Beihilfe für Bekleidung erhöht.

### Begründung

Für die jetzt erst aus der Gefangenschaft Heimkehrenden werden die Verhältnisse immer schwieriger. Das seit 1947 gewährte Entlassungsgeld entspricht bei weitem nicht mehr dem Betrag, der notwendig ist, um auch nur die dringlichsten Lebensbedürfnisse befriedigen zu können.

Nähe Hilfe ist infolge der erschreckend großen Notlage der Heimkehrer mehr denn je geboten.

München, den 16. November 1949

Stoß  
und Fraktion (SPD)

## Beilage 3050

### Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, die Frage der Reinhaltung der Gewässer und Grundwasserstände im großen Maßstab zu prüfen und die benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Prüfung soll sich sowohl auf die Forderungen der Hygiene beziehen, als aber auch auf die Forderungen, die sich aus der Notwendigkeit einer Ertragssteigerung landwirtschaftlich genutzter Gebiete durch neuzeitliche Abwasserverwertung ergeben.

Im Zusammenhang damit ist die Frage der Erschließung von Obland für industriellen Pflanzenbau zu behandeln.

### Begründung

Durch die Verunreinigung der Gewässer, Flüsse, Alpentseen, Vorfluter, Grundwasserstände mit allen Begleit- und Folgeerscheinungen, wie Verbreitung von Krankheiten, Fischsterben usw., sind Probleme entstanden, bei deren Lösung sich die Sachwelt im Grundgesetzstreit oft gegenseitig hemmt. — Den Bedenken der Hygieniker stehen jahrzehntelange Erfahrungen landwirtschaftlicher Praxis gegenüber und die Erkenntnisse eines

wissenschaftlich und erfahrungsmäßig erwiesenen Raubbaues im Nährstoff- und Wasserhaushalt der Natur.

Die zwingende Notwendigkeit zur Ernährung einer zahlenmäßig stark vermehrten und anwachsenden Bevölkerung und der notwendigen Minderung allzu großer Abhängigkeit hierbei von dauernder Auslandshilfe läßt es unter dem weiteren Zwang eines verengten Lebensraumes dringlich erscheinen, nunmehr auch die Lösung der Probleme von Staats wegen energisch zu unterstützen.

Es wird hierbei nicht nur die Ertragssteigerung bereits landwirtschaftlich genutzter Flächen eine Rolle spielen dürfen, sondern auch die Gewinnung neuer Nutzungsgebiete durch Ausschließung von Unland. Der industrielle Pflanzenbau auf Obland z. B. könnte eine wesentliche Lücke auf dem Gebiete industrieller Rohstoffe schließen helfen. Zudem ist die Beschaffung von Siedlungsland für die landlose bäuerliche Bevölkerung nicht allein durch Bodenreform zu gewährleisten.

Berwiesen wird auf den Parallelantrag von Oberbürgermeister Dr. Bornkessel, Fürth, im Bayerischen Senat, ferner auf das Gutachten über landwirtschaftliche Abwasserverwertung unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Gglfing-Ottendichl von Prof. Dr. A. Seifer, München, die Arbeiten in Theorie und Praxis des Land- und Volkswirtes Proschwitz, Ebenhausen, und die Vorarbeiten über Oblandkulturen von Dr. Kurt Bährens, Hamburg 13.

Vorgeschlagen wird, Regierungsrat Ortegell von der neugegründeten Beratungsstelle München zum Thema zu hören.

München, den 4. November 1949

Roßte  
(fraktionslos),  
Bitom, Maag, Zietich (sämtliche SPD),  
Höllerer, Klessinger, Lugmair (sämtliche DPFK),  
Haugg Pius (CSU),  
Schmidt Gottlieb (fraktionslos)

## Beilage 3051

### Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Zur Untersuchung des Verhaltens des Regierungsschulrats Dr. Burgard von Würzburg und der Vorgänge bei der kürzlich gegen ihn durchgeführten amtlichen Untersuchung durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird gemäß Art. 25 der Bayerischen Verfassung ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.

München, den 16. November 1949

Schneider, Bezold Otto  
und Fraktion (FDP)

Stoß  
und Fraktion (SPD)